

# **Leitlinien zur Sucht- und Drogenpolitik**

Beschluss des Bundesvorstandes  
der Jungen Union Deutschlands  
vom 26. Januar 2002

## 1. Einleitung und Situationsbeschreibung

Der Konsum legaler und illegaler Drogen befindet sich in Deutschland nach wie vor auf hohem Niveau. Zwar ist bei Alkohol, Nikotin und Cannabis ein leichter Rückgang der Konsumentenzahlen zu verzeichnen. Besorgniserregend ist aber vor allem, dass das Einstiegsalter beim Drogenkonsum immer niedriger wird. Bereits 12- und 13jährige geben vermehrt an, Alkohol und Nikotin zu gebrauchen. Weiterhin ist ein verstärkter Mischkonsum von Drogen zu beobachten. Besonders dieser kann zu gravierenden Gesundheitsschäden führen.

Ein Anstieg des Konsums ist bei den illegalen „härteren“ Drogen, wie Ecstasy, Kokain und neuerdings Crack zu verzeichnen. Auch der missbräuchliche Medikamentenkonsum ist in den letzten Jahren bei jungen Menschen deutlich angestiegen. Die Zahl der Konsumenten von Ecstasy und Amphetaminen liegt zwar bei ca. 4%, jedoch ist die Zahl der polizeilich registrierten Erstkonsumenten stark angestiegen. Auch hier fällt ein gefährlicher Mischkonsum mit anderen Drogen auf. Nach neusten Zahlen aus Hamburg und Frankfurt ist ein 40 bis 50prozentiger Anstieg des Crackkonsums zu verzeichnen, das sich damit neben Heroin oftmals zur „Hauptdroge“ entwickelt. Die Anzahl Heroinabhängiger stagniert auf einem immer noch hohen Niveau. Derzeit befinden sich ca. 10.000 in ambulanter und ca.50.000 Personen in substitutioneller Behandlung.

Es ist festzustellen, dass Alkohol- und Zigarettenkonsum laut aktuellem Drogenbericht der Bundesregierung (Frühjahr 2001) nach wie vor von allen Altersgruppen weitgehend unkritisch gesehen werden. Dabei sind nicht zuletzt die gesamtgesellschaftlichen Schäden, die dadurch verursacht werden, erheblich. So gibt es ca. 4,3 Millionen Alkoholabhängige und Alkohol missbrauchende Konsumenten, darunter ungefähr 250.000 junge Menschen. Weitere Quellen geben jährlich ca. 110.000 Nikotintote, 1.500 tote Säuglinge und weitere 4.400 Tote durch Passivrauchen sowie rund 42.000 Alkoholtote an. Der finanzielle Schaden wird auf bis zu 6% des Brutto-sozialproduktes geschätzt. Ungefähr 1,2 Mio. Menschen sind in Deutschland missbräuchlich medikamentenabhängig und es gibt etwa 25.000 bis 130.000 süchtige Spieler (Angaben vorliegender Quellen differieren). Auf jeden Abhängigen kommen ungefähr drei Angehörige oder Betroffene.<sup>1</sup>

Die Situationsbeschreibung zeigt, dass Drogen und Süchte zu einer ernsten Gefährdung vieler Menschen führen können. Die Junge Union tritt für ein mehrstufiges Drogenbekämpfungskonzept ein. Dieses setzt auf die Säulen Aufklärung, Hilfe für Abhängige und erschwerte Zugangsmöglichkeiten zu legalen Drogen, sowie Bekämpfung des illegalen Drogenangebotes.

---

<sup>1</sup> Vgl. zu den aufgeführten Zahlen und Daten: Deutsche Hauptstelle gegen die Suchtgefahren (DHS), Jahrbuch Sucht 2002, Bundesministerium der Gesundheit (BMG), Hessische Landesstelle gegen die Suchtgefahren (HLS)

Die Junge Union fordert hierzu:

- Stärkung des Selbstbewusstseins junger Menschen an Schulen. Kinder und Jugendliche resistenter gegen Drogenmissbrauch zu machen, muss verstärkt über die Ausbildung ihrer Persönlichkeitsstruktur erfolgen. Neben dem Elternhaus, dem diese Aufgabe primär zukommt, kann auch an Schulen ein wichtiger Beitrag dazu geleistet werden. Hierzu ist eine Zusammenarbeit mit Vereinen und Verbänden, die gute Ansätze haben, notwendig.
- Aktuelle Anpassung des Nationalen Rauschgiftbekämpfungsplans, der 1990 von Bund und Ländern verabschiedet worden war. Als Ziel sah er vor allem eine Mobilisierung und Zusammenfassung aller für die Rauschmittelbekämpfung verfügbaren Kräfte, eine Verbesserung und Weiterentwicklung therapeutischer Maßnahmen sowie Anstrengungen zu weltweiten Verboten einer Reihe von Substanzen vor. Der 1990 verabschiedete Rauschgiftbekämpfungsplan war der richtige Ansatz zur Bekämpfung von Drogen. Er sollte gezielt auf alle Suchtmittel ausgedehnt werden und ist auf seine Aktualität unter Berücksichtigung neuester Forschungsergebnisse zu überarbeiten.
- Überprüfung und Ausweitung der bestehenden Aufklärungskonzepte. Die Drogenaufklärung muss in den Schulen, Vereinen und Verbänden verstärkt werden. Vor allem muss das „Kartell des Schweigens“ an vielen Schulen aufgebrochen werden.
- Bereitstellung ausreichender Therapieplätze für alle Formen der Sucht. Hierdurch sollen die Wartezeiten der Ausstiegswilligen auf ein Minimum reduziert werden.

Bessere Ausstattung der Polizei zur Bekämpfung der Drogenhändler. Um die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten muss der Kampf gegen die Drogenhändler durch eine verbesserte materielle und personelle Ausstattung verstärkt werden. Bei professionellen Rauschgifthändlern ist das gesamte Vermögen – mit Ausnahme der Werte, die nachweislich nicht unmittelbar oder mittelbar durch den Handel mit den Giften entstanden sind – einzuziehen. Die Nachweispflicht für die legale Herkunft der Vermögenswerte liegt beim Dealer. Das eingezogene Vermögen ist verstärkt der Aufklärungs- und Drogenarbeit sowie der polizeilichen Tätigkeit der Drogenbekämpfung zur Verfügung zu stellen.

## **2. Prävention**

Um Risikogruppen besser zu erreichen, erscheint Suchtvorbeugung sinnvoll, die direkt in der Gemeinde beginnt. Möglichst flächendeckend sollten in den Kommunen suchtpreventive Gremien eingesetzt werden, die sich mit dem Suchtproblem bei Jugendlichen ihrer Gemeinden auseinandersetzen und etwa durch entsprechende Freizeitangebote Auswege anbieten. Den Gemeinden sind für spezielle Programme, Zuschüsse z. B. für den Einsatz von Streetworkern, seitens der Bundes zu gewährleisten.

Die Schulen sollten jährlich Drogenaufklärungsveranstaltungen durchführen. Diese können in erster Linie durch Praktiker aus der Polizeiarbeit, den Therapiestationen oder durch ehemalige Abhängige gestaltet werden. Die Prävention bei Ausländern und Aussiedlern soll schon in den Integrationskursen beginnen.

Eine zentrale Datei zur Sammlung unterschiedlicher Suchtbekämpfungsstrategien, die auf den verschiedensten Ebenen praktiziert werden soll eingerichtet werden.

## **3. Einzelne Suchtformen**

### **3.1 Alkohol und Nikotin**

Mit der gesellschaftlichen Akzeptanz als vermeintliche Genussmittel sind Alkohol und Nikotin immer noch die am weitesten verbreiteten Suchtmittel in Deutschland.

Beide Drogen sind für Volljährige jederzeit frei zu erwerben. Aufgrund der freien Zugänglichkeit von Zigarettenautomaten und des sorglosen Umgangs des Einzelhandels, der Gaststätten oder des Elternhauses, sind Alkohol und Nikotin für Jugendliche regelmäßig leicht erreichbar. Gerade bei diesen gesellschaftlich tolerierten Drogen ist es aber wichtig, dass zumindest maßvoll und verantwortungsbewusst mit ihnen umgegangen wird. Darüber hinaus setzen wir uns für eine Aufklärung über Gefahren auch des legalen Drogenkonsums ein.

Die Junge Union fordert:

- Die Einhaltung des Jugendschutzgesetzes, das eine Abgabe von Zigaretten und Alkohol an unter 16-jährige unterbindet. Dazu gehört auch der Abbau aller frei zugänglichen Zigarettenautomaten. Außerdem ist bei Einzelhandel und Gaststätten auf die Einhaltung des Gesetzes zu dringen.

- Warnhinweise auf Flaschen mit alkoholischem Inhalt, die auf mögliche gesundheitliche Schäden bei missbräuchlichem Konsum von Alkohol hindeuten.
- Die JU fordert insbesondere die Veranstalter von Einzelveranstaltungen auf, ihre Sponsoringkonzepte auf ihre Vereinbarkeit mit dem Thema der Veranstaltung hin zu überprüfen. Alkoholsponsoring bei Sportveranstaltungen auf denen für Kampagnen wie „Keine Macht den Drogen“ Werbung gemacht wird, führen eine sinnvolle Drogenpolitik ad absurdum.
- Künftig müssen in Gaststätten mindestens drei alkoholfreie Getränke in der gleichen Menge günstiger angeboten werden als das günstigste alkoholhaltige Getränk.
- In Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen ist auch Lehrern und Betreuern das Rauchen generell zu verbieten.
- Gesellschaftlich muss breiter über die Rolle von Alkohol und Nikotin diskutiert werden. Viele Eltern scheinen sich ihrer Vorbildfunktion nicht bewusst zu sein. Hier muss es zu einem selbstkritischeren Verhalten kommen, bei dem eine Unterstützung durch die Medien sehr hilfreich wäre.
- In jeder Schule sollte die Wahl eines Beratungslehrers in Drogenfragen selbstverständlich sein. Dieser muss für entsprechende Fortbildungsveranstaltungen freigestellt werden.
- Die Einführung eines Rauchverbotes in öffentlichen Gebäuden und auf innereuropäischen Flügen.
- Die Streichung der Subventionen für den Tabakanbau in Europa.
- Eine Erhöhung der Abgaben auf Nikotin. Gleichzeitig soll ein zusätzlicher Betrag in Höhe der so erzielten Mehreinnahmen in die Drogenaufklärung und Drogenbekämpfung investiert werden.

### **3.2 Medikamente**

Medikamente bestehen aus synthetischen oder natürlichen Stoffen, die die körperliche oder seelische Verfassung beeinflussen. Durch den Missbrauch kann es zu physischen und psychischen Abhängigkeiten kommen. Daneben ist bei lang anhaltender Einnahme eine schleichende Vergiftung des Körpers möglich. Auch bei Jugendlichen nimmt die Einnahme von Aufputsch- und Beruhigungsmitteln zu, wobei umstritten ist, ob eine sorgfältige therapeutische Begründung wirklich immer vorliegt.

Die Junge Union fordert:

- Die Erfassung aller verschriebenen Medikamente auf einer Medikamentenkarte des Patienten.

- Einführung einer Aufklärungspflicht für Ärzte über die eventuelle suchtgefährliche Wirkung von verordneten Medikamenten
- Aufklärung der Eltern durch die Schulen (auf Elternabenden oder mit Hilfe von Informationsmaterial)
- Aufklärung an Universitäten, um zu vermeiden, dass die Studenten in psychisch belastenden Prüfungssituationen versuchen durch die Einnahme von Medikamenten den Prüfungsdruck zu verkraften.

### **3.3 Spielsucht**

Neben den gravierenden „stoffgebundenen“ Süchten sind für junge Menschen auch andere Suchtformen ein großes Problem. So nimmt die Zahl der Spielsüchtigen ständig zu. Hierbei handelt es sich um Menschen, die in ihrer Spielleidenschaft ein mit Drogenabhängigen vergleichbares Verhalten zeigen. Dazu gehören Beschaffungskriminalität, die Zerstörung des persönlichen Umfeldes der Betroffenen und auch Entzugerscheinungen.

Die Spielsucht muss als psychische Krankheit, ähnlich dem Alkoholismus anerkannt sein. Entsprechend sollen Therapieplätze für Spieler in ausreichender Zahl zur Verfügung gestellt werden. Eine Begrenzung der Spielautomaten in den Gemeinden lässt sich durch die spürbare Anhebung einer Automatenabgabe erreichen. Die dabei erzielten Einnahmen sollte die Gemeinde der Jugendarbeit zur Verfügung stellen.

Die Junge Union fordert:

- Gesamtbegrenzung der Zahl der Spielautomaten in den Gemeinden. Gefordert ist hier der Städte- und Gemeindebund, dem Deutschen Städtetag ein Konzept zur Konzessionsvergabe vorzulegen.

### **3.4 Haschisch und Marihuana**

Haschisch und Marihuana werden aus dem Harz bzw. den getrockneten Blüten oder Blättern der Cannabis-Pflanze gewonnen. Es kann bei Gebrauch zu psychischen Abhängigkeiten kommen. Bei lang anhaltendem Gebrauch lässt die Leistungs- und Konzentrationsfähigkeit nach, häufig in Verbindung mit Antriebslosigkeit, Depressionen und Verwirrungszuständen. Ein besonderes Gefährdungspotential für Dritte geht vom Cannabiskonsum im Straßenverkehr aus.

Die Junge Union kritisiert, dass durch die bewusste Fehlinterpretation des „Haschisch-Beschlusses“ des Bundesverfassungsgerichtes und durch die Freigabebestrebungen aus den SPD-geführten Bundesländern, das Gefährdungspotential dieser Droge zunehmend unterschätzt wird. Die Junge Union unterstützt die geltende Rechtslage, die den Gebrauch von Cannabis-Produkten generell unter Strafe stellt. Die Ausnahmeregelung, den Besitz einer geringen Menge Haschisch für den Eigengebrauch als Bagatelldelikt zu behandeln, ist restriktiv und bundeseinheitlich anzuwenden.

Von den illegalen so genannten „weichen“ Drogen geht nicht das gleiche Gefährdungspotential wie von den illegalen so genannten „harten“ Drogen aus. Dennoch würde eine weitere Verbreitung dieser Drogen die Gefahr bergen, dass vergleichbar große Konsumentenzahlen erreicht würden wie bei den legalen Drogen. Diese Entwicklung wollen wir verhindern.

Die Junge Union unterscheidet hinsichtlich des Suchtpotentials nicht zwischen Alkohol und Nikotinprodukten auf der einen und den „weichen“ Drogen auf der anderen Seite. Auch Alkohol und Nikotin sind Drogen, die jedoch gesellschaftlich akzeptiert sind. Dabei ist offenkundig, dass der Alkohol als Volksdroge Nummer eins verheerende Folgen für viele Menschen hat. Diesen bereits legalisierten Drogen wollen wir keine weiteren hinzuzufügen. Konsequenterweise ist es, auf der einen Seite keine weiteren Drogen zu legalisieren und auf der anderen, die legalisierten zumindest so weit wie möglich durch Aufklärung zurückzudrängen. Weitere frei zugängliche Drogen erhöhen nur die Zahl der möglichen Wege in die Abhängigkeit.

Es sind besonders zwei Aspekte hervorzuheben, die in der Diskussion um den Gebrauch von Haschisch berücksichtigt werden müssen: Entgegen verharmlosenden Darstellungen ist festzuhalten, dass Cannabis-Produkte zwar nicht, wie Alkohol, zu einer physischen Abhängigkeit führen können, sehr wohl aber zu einer psychischen. Außerdem gilt, dass Wein und Bier in Maßen genossen werden können, ohne dass der Genuss zwangsläufig zum Rausch führt. Cannabis-Produkte lassen diesen Weg nicht offen.

Die Junge Union fordert:

- Keine Freigabe der so genannten „weichen“ Drogen.
- Die restriktive Auslegung des „Haschisch-Beschlusses“ des BVerfG. Dabei soll die für den Eigenkonsum definierte Menge auf das niedrigste Niveau begrenzt werden.
- Beachtung der Verantwortung der Betreiber von Freizeiteinrichtungen (z.B. Diskotheken) für die Vorkommnisse in ihren Räumlichkeiten. Eine Verweigerung der Zusammenarbeit mit den Behörden kann dabei nicht toleriert werden und muss

durch ordnungsrechtliche Maßnahmen geahndet werden, die auch den Entzug der Konzession beinhalten können.

### **3.5 Kokain, Heroin (Opiate), Speed und Crack**

Es entstehen je nach Drogenart psychische und körperliche Abhängigkeiten. Jedoch sind die Gefahr des Abrutschens in die Sucht und die gesundheitlichen Risiken bei den „harten“ Drogen ungleich höher als bei den bisher genannten Suchtstoffen. So ist hier auch ein Drogenmissbrauch mit Todesfolge möglich. Neben der Vergiftung durch die Droge, bestehen auch gesundheitliche Gefahren durch Verunreinigungen des Stoffes. Eine weitere Folge der Drogensucht ist bei diesen Stoffen häufig der Absturz in die Beschaffungskriminalität.

Für die Junge Union ist klar, dass süchtige Menschen auch als Kranke zu sehen sind, und deshalb auf die Unterstützung der Gemeinschaft bei seinem Weg aus der Sucht bauen können. Vorrang hat auch eine Berücksichtigung der gesundheitlichen Situation der Abhängigen. Deshalb ist es erforderlich, verschiedene Wege bei der Suchtbekämpfung zu beschreiten.

Die Junge Union fordert:

- Die Umsetzung des "schwedischen Modells". Dieses Modell sieht neben dem Angebot "Therapie statt Strafe" auch die Zwangseinweisung in Therapieeinrichtungen vor, wenn der Abhängige durch seine Sucht sich selbst oder andere in Gefahr bringt. Hat der Drogenabhängige jedoch vor dem Hintergrund seiner Krankheit eine Straftat begangen, so darf, je nach Schwere der Tat, eine Therapie die Bestrafung keinesfalls ersetzen. Das wäre ein falsches Signal
- Den Ausbau der niedrighwelligen Angebote, um den Drogenabhängigen den Weg aus der Sucht zu ebnet. Dies kann in so genannten "Kontakträumen" erfolgen. Bedingung ist jedoch, dass hier geschultes Personal zur Verfügung steht. Auf keinen Fall dürfen in diesen Räumen Drogen genommen werden.
- Methadonprogramme stellen eine Möglichkeit dar, um Süchtige zu stabilisieren und so möglicherweise die Voraussetzung für einen Ausstieg aus der Sucht zu schaffen. Grundsätzlich bleibt das Ziel der Suchtfreiheit maßgeblich. Die Abwehr der größten Gesundheitsgefährdungen und die Wiedereingliederung in das Berufs- und Sozialleben können durch Substitutionsprogramme erreicht werden, sind jedoch Etappenziele.

- Eine staatliche Abgabe von Heroin an Abhängige lehnen wir zum jetzigen Zeitpunkt ab. Nach Abschluss der Modellprojekte werden wir uns wieder mit dieser Frage beschäftigen.
- Eine bessere Begleitung der Betroffenen nach der Therapie. Diese betrifft die Wiedereingliederung in das Berufs- und Privatleben.

### 3.6 Ecstasy und Designerdrogen

Designerdrogen werden im Labor synthetisch hergestellt und ahmen die Wirkung verschiedener Drogen nach. Dabei wird die chemische Zusammensetzung der Droge so „designt“, dass sie keiner der im Betäubungsmittelgesetz genannten Drogen entspricht. Dies trifft auf Ecstasy nicht zu. Ecstasy steht als Sammelbegriff für ähnlich wirkende Stoffe wie Methylendioxy-N-methamphetamin (MDMA), Methylendioxy-N-ethylamphetamin (MDEA) oder Methylendioxyamphetamin (MDA). Der Gebrauch von Ecstasy als aufputschender Gefühlsdroge hat aufgrund der leichten Einnahme in Pillenform in den vergangenen Jahren bei Jugendlichen zugenommen. Die Droge verursacht psychische Abhängigkeiten und körperliche Gefahren durch die Ausschaltung natürlicher Schutzmechanismen des Körpers wie Müdigkeit, Muskelkater oder Durst. Langfristig sind bei regelmäßigem Gebrauch neurologische Erkrankungen zu erwarten.

Die Junge Union lehnt eine Freigabe von Ecstasy entschieden ab. Die Aufstellung von Ecstasy-Schnelltestern in Diskotheken halten wir für kontraproduktiv, da diese den Eindruck erwecken, dass der Grundstoff der Pille nicht gefährlich sei. Vielmehr ist die Aufklärungsarbeit bei den Jugendlichen deutlich zu verstärken.

*Eine weitere Schwierigkeit besteht bei den immer schneller in neuen Zusammensetzungen entstehenden synthetischen Drogen. Es werden schneller neue Substanzen entwickelt, als vom Gesetzgeber erfasst werden können. Es muss daher gesetzlich festgelegt werden, dass die Herstellung, der Vertrieb und der Konsum synthetischer Drogen grundsätzlich verboten wird.*

*Besondere Aufklärungskampagnen auf Veranstaltungen mit einer großen Risikogruppe für Designerdrogen sollten als regelmäßige Begleitmaßnahme durchgeführt werden.*

#### **4. Internationale Drogenpolitik**

Der Kampf gegen die Droge kann nicht nur in Deutschland sondern muss auch international geführt werden. Zunächst ließe sich der Angebotsdruck durch die Unterstützung der Drogenbekämpfungsmaßnahmen in den Anbauländern verringern. Der Drogenkampf ist in diesen Ländern von den Industrieländern zu unterstützen. Ein weiterer Schlüssel zum Erfolg ist die Umstellung der Agrarstruktur in den Drogenanbauländern. Dies ließe sich durch entsprechende Finanzhilfen aus Europa und den USA erreichen. In diesem Zusammenhang streben wir auch eine Harmonisierung der Drogengesetzgebung in den EU-Staaten an. Insbesondere die Niederlande und die Schweiz sind aufgefordert, ihre falsche Drogenpolitik wieder umzukehren.